

Bulletin

Mai 2007

Einladung zur Generalversammlung der CSP Zug

Datum: Dienstag, 29. Mai 2007
Zeit: 19.00 Uhr
Ort: Siehbachsaal, (altes Bürgerasyl) Chamerstrasse 33, Zug

Traktanden:

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmenzähler/Innen
3. Jahresberichte:
 - CSP
 - Grosser Gemeinderat
 - Stadtrat
4. Finanzen:
 - Jahresrechnung 2005
 - Revisorenbericht
 - Festsetzung des Mitgliederbeitrages
5. Anträge
6. Verschiedenes

Anschliessend nehmen wir uns bei einem Glas Wein mit Imbiss wieder Zeit für angeregte politische Diskussionen.

Wir denken da zum Beispiel an den Zonenplan, die Verkehrsberuhigung im Guthirtquartier, an das neue Verkehrsregime, und das geplante Parkhaus Postplatz, an die künftigen 30-er-Zonen Herti und Aabachstrasse, an die Neubauten rund um das künftige Hertistadion usw. Bringen Sie auch Ihre politischen Anliegen ein!

Wir freuen uns auf den Abend mit Ihnen.
Im Namen des Vorstandes grüsse ich Sie freundlich



Andreas Bossard
Stadtrat CSP



Neues Gesundheitsgesetz



Der Regierungsrat des Kantons Zug hat im Februar 2007 den Entwurf zu einem neuen Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug verabschiedet und diesen für die Vernehmlassung freigegeben.

Das derzeitige Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug stammt aus dem Jahr 1970. Es wurde nur wenige Male unwesentlich angepasst. In den letzten Jahren hat sich im öffentlichen Gesundheitswesen einiges geändert. Zu nennen ist das neue Medizinalberufegesetz des Bundes, das im September 2007 in Kraft treten wird, oder das Krankenversicherungsgesetz (KVG), welches in Dauerrevision steht. Die medizinische Versorgung hat sich zu einem breit gefächerten Dienstleistungsangebot entwickelt, die Erwartungen der Patientinnen und Patienten an die Leistungen steigen, trotz oder gerade wegen der stetig steigenden Gesundheitskosten.

Die Patientenrechte fanden im geltenden Gesundheitsgesetz nur am Rande Eingang. Regeln muss man neu hier etwa das Recht auf Behandlung, auf Selbstbestimmung oder auch auf Einsicht in die Krankengeschichte, das heisst, auch

auf Herausgabe der Original-Krankenakten.

Ziel der Revision ist es, ein Gesundheitsgesetz zu schaffen, das den Anforderungen wiederum längerfristig genügt.

Ein Hauptanliegen ist der Ausbau des Nichtrauchererschutzes. „Dass Passivrauchen schädlich ist, zeigen unzählige Untersuchungen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schätzt, dass mehrere hundert Personen jährlich an den Folgen des Passivrauchens sterben.“ (Bundesamt für Gesundheit, Basisinformationen zum Passivrauchen) Der Kanton Zug hat zusammen mit Gastro Zug, der Lungenliga, der Stadt Zug und der Krebsliga vor zwei Jahren das Projekt „rauchfrei (geni-)essen“ gestartet. Heute machen 75 Restaurants mit, aber es wird immer schwieriger, weitere Gastronomiebetriebe für dieses Projekt zu gewinnen. Der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung im Bereich des Nichtrauchererschutzes wurde laut.

Der Kanton Tessin war der erste Kanton, der mit dem Rauchverbot in den Restaurants den Schutz vor dem Passivrauchen gesetzlich regelte. Ab

2009 gilt auch im Kanton Solothurn ein Rauchverbot in allen geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind. Im Kanton Zug werden zwei unterschiedlich weit gehende Regelungen in die Vernehmlassung gegeben: Die **Variante a** verbietet das Rauchen in allen öffentlich zugänglichen Räumen. Die **Variante b** verbietet das Rauchen in Gebäuden der öffentlichen Verwaltung, der Schulen, der Heime und Spitäler und der Sportstätten. Die Variante a geht also deutlich weiter, vom Regierungsrat wird der Variante b den Vorzug gegeben. Der Bund wird höchstwahrscheinlich (wann auch immer) das Arbeitsgesetz dahingehend anpassen, dass das Rauchen am Arbeitsplatz verboten wird (gemäss einer Initiative von Felix Gutzwiller).

Die Vernehmlassung zum neuen Gesundheitsgesetz dauert bis zum 11. Juni. Sie ist im Internet unter www.zug.ch/vernehmlassungen publiziert.

Vroni Straub-Müller
Kantons- und Gemeinderätin CSP
Oberwil



Schule macht Schlagzeilen



Die Schule bewegt die Medien. Immer wieder lesen wir alles Mögliche über sie; sobald ein Thema von den Medien aufgegriffen wird, ist es mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% etwas Negatives. **Logisch?**

Ganz konkret bewegt mich als Vater von 3 Kindern – eines besucht die Schule, das zweite den Kindergarten und das dritte wartet darauf, bis es endlich in den Kindergarten darf - viel Positives. Vor allem erlebe ich, dass unsere Kinder gerne zur Schule gehen. Sie werden von den Lehrkräften mit viel Liebe, Hingabe, Einsatz und Können geführt. Eigentlich müsste diese Tatsache die grössten Schlagzeilen auf den Titelblättern zu machen. **Positiv!**

Auch bin ich dankbar, dass unsere Kinder überhaupt zur Schule gehen können, in einem System, welches weltweit zu den besten gehört. Diese Schlagzeile gehört unserem Volk, unserem Staat, unseren Politikern. **Erfreulich!**

Doch zwischen der einzelnen Lehrkraft und dem Staat (als Institution) – scheint mir Einiges im Argen zu liegen; leider auch in Zug. Und da bemühen sich Schule und Behörden, möglichst nicht

in die Schlagzeilen zu geraten. **Konkret?**

Vor einigen Monaten erlebte ein Kindergärtler in der Schwimmgarderobe eine äusserst unangenehme Situation mit einem Oberstufenschüler. Die Eltern erstatteten Anzeige, die Polizei war in kürzester Zeit im Schulzimmer, der betroffene Schüler wurde kürzlich von der Jugendanwaltschaft verurteilt. Die erste Reaktion des zuständigen Rektors: „Gehen Sie bitte ja nicht an die Presse!“ Haben die Eltern auch nicht gemacht. Die Missstände, welche zu dieser Situation führen konnten, wurden unverzüglich behoben. **Wenigstens!**

In Amerika läuft ein Student Amok. In London ermorden Jugendliche ihresgleichen. In Zürich werden Lehrkräfte von Schülern „fertig gemacht“. In Zug gerät die Wortmeldung eines pensionierten Lehrers, der sich zu Problemen in unserer Stadt äussert, sehr schnell wieder in der Vergessenheit. Ich denke, er hat viel Berufserfahrung gesammelt und konnte viele Entwicklungen während langer Zeit beobachten. **Schade!**

Schüler verprügelt, Rektor ahnungslos (Baar). Diese Schlagzeile flattert ins Haus, als ich eben am Schreiben dieser Zeilen bin. Die Schlagzeilen aus Amerika in derselben Ausgabe der Zeitung sind noch nicht verstummt – das Virginia Tech muss sich Untätigkeit vorwerfen lassen. Anzeichen und Warnungen wurden nicht ernst genommen. **Fatal!**

Für unsere Schulen, für die Behörden und die Bildungs-direktion ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, nicht nur zu reagieren, sondern zu agieren, das Ruder in die Hand zu nehmen und Entwicklungen entgegenzusteuern, die in einigen Jahren nicht mehr kontrollierbar sein werden.

Vielleicht? Vielleicht brauchen Lehrkräfte mehr Rückhalt und Selbstvertrauen um schwierige Situationen meistern zu können. Entlastung, Schulung und andere Schwerpunkte? Vielleicht brauchen Schulhausleiter und Rektoren mehr Sachkenntnis und Mut, um den Umgang mit Gewalttätigkeiten einmal selbst der Jugendanwaltschaft zu delegieren.

Vielleicht brauchen Politiker mehr Feingefühl, um auch einmal auf noch so leise Anzeichen zu hören und zu agieren. **Hoffentlich!**

Rainer Walser, CSP
Zug



Money, Money, Money



55 Millionen Überschuss in der Stadt Zug! Man glaubt es kaum. Wo ist das kollektive Wehklagen von 2003, als die Stadt seit über dreissig Jahren zum ersten Mal ein Defizit schrieb?

Wem gehören diese Millionen?

Die Antwort scheint klar und wird rundum akzeptiert:

Dem Steuerzahler, denn er hat zuviel einbezahlt.

Um für schlechtere Zeiten zu sparen, hat der

Grosse Gemeinderat 1998 ein „Steuerkässeli“ angelegt. Hier soll ein Grossteil der Überschüsse ruhen, damit wir unsern heutigen Steuerfuss noch möglichst lange tief halten können. Momentan liegen in dieser Steuerausgleichsreserve *CHF 35'000'000.

Der Stadtrat schlägt vor, von unserm Mammutüberschuss zusätzlich CHF 25'000'000 dazu zu legen. In unserm Sparstrumpf würden also CHF 70'000'000 auf schlechtere Zeiten warten, fast 1/3 unserer Jahresausgaben. „Das ist logisch und macht Sinn“, wird vor allem von bürgerlicher Seite argumentiert. Stimmt... auf den ersten Blick!

Doch wie steht's mit dem zweiten? Lassen sie mich etwas sinnieren. **Wem**

gehört dieses Geld wirklich?

Die Tatsache, dass ein Grossteil dieser Steuergelder im Ausland verdient wurde und darum dem Ausland gehören sollte, möchte ich hier nicht besprechen. Das ist eine andere Diskussion.

Doch warum „regnet“ es plötzlich Steuern? Weil es immer mehr Leute mit sehr grossen Einkommen gibt. Warum sind die Topeinkommen so gestiegen? Weil in den Unternehmen im In- und Ausland immer "effizienter" gearbeitet wird, d.h. weniger Personen leisten mehr. Der Gewinn steigt unverhältnismässig im Gegensatz zum Umsatz. Das treibt die Aktien in die Höhe. Aktionäre sahnen grosszügig ab, ohne dass sie nur einen Finger in einer Firma gerührt haben. Eine

Wir könnten aber auch den Bau des Stadttunnels als „Gemeindestrasse“ beginnen und dem Kanton zeigen, wo unsere Prioritäten liegen!

Lotterie.

Da Geld aber nicht vermehrt, sondern nur verschoben wird, leidet der Arbeiter, der für gleich viel oder weniger Geld mehr leisten muss, oder die Person deren Stelle wegrationalisiert wurde.

Wie fördert die Stadt diese Überschüsse?

Vor einigen Jahren setzte eine Sparhysterie ein mit Kosten/Nutzen-Analysen und vor allem mit "verursachergerechten Abgaben". Im

Klartext heisst das, dass viele kleine Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden oder kostenpflichtig geworden sind.

So wird z.B. den Lehrern weniger Geld für Schulmaterial zur Verfügung gestellt. Im GGR sagt man: "Wir haben gespart". In Tat und Wahrheit belasten gewisse Schulmeister einfach das Familienbudget, indem die Schüler Farbstifte, Wasserfarben und Wachskreiden (eine bestimmte Marke natürlich), sowie Schere, Leim, Leimstift etc. selber mitbringen müssen. Das ist nur ein mir bekanntes Beispiel. Es gibt überall ähnliche "Sparmassnahmen", die jedes Haushaltsbudget belasten.

Wem gehört also der Überschuss?

Zu einem grossen Teil der ganzen Bevölkerung, weil sie weder vom Aktiensegen noch vom städtischen Sparen etwas hat. Darum soll die ganze Bevölkerung, arm oder reich, gleichviel profitieren.

Wie wäre es, wenn jeder 2006 in der Stadt wohnhaft gewesenen Person CHF 1'000.-- zurückbezahlt würde? Einer vierköpfigen Familie würde das 4'000.- bringen, für kleine Einkommen kein Pappenstiel.

Ein winziger Sozialausgleich wäre geschafft und dabei erst knapp die Hälfte des Überschusses ausgegeben.

Natürlich gäbe es noch viele Möglichkeiten, den Überschuss intelligent zu verwenden.

Wir könnten zum Beispiel den Bau des Stadttunnels beginnen, ihn als Gemeindestrasse deklarieren und so dem Kanton zeigen, wo unsere Prioritäten liegen.

Monika Mathers-Schregenberger
Gemeinderätin CSP
Oberwil

*Ich schreibe die Zahlen bewusst aus. So wirken sie noch imposanter.

Impressum

Redaktion und Gestaltung:
Monika Mathers-Schregenberger
Druck: ConSol Office, Ibelweg 18c 6300 Zug